

Auszug aus der Niederschrift zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt-, Klimaschutz und Mobilität vom 14.11.2022

Öffentlicher Teil

TOP . Mitteilungen

Herr Arlt informiert aus aktuellem Anlass darüber, dass es bezüglich der E-Tretroller seit Einführung des Pilotprojektes im November 2021 immer wieder mal Vandalismusschäden gegeben habe, die aber seitens des Anbieters ohne Andeutungen von Konsequenzen für den Betrieb in Hagen geblieben seien. Am 27.10.22 habe der Betreiber, die Firma Zeus, dann mitgeteilt, dass er aufgrund stark gestiegener Vandalismusfälle beabsichtige, sich aus Haspe zurückzuziehen. Er habe damit auch Wehringhausen gemeint.

Bezüglich der am 14.06.22 den Gremien mitgeteilten positiven Bilanz des Projektes teilt Herr Arlt mit, dass der Verwaltung zum damaligen Zeitpunkt keine Häufung von Vandalismus bekannt gewesen sei.

Inwieweit sich der aktuelle Zustand auf die Absicht der Verwaltung und die entsprechenden Beschlussvorschläge, die E-Tretroller auch in anderen Stadtteilen einzuführen, auswirke, müsse noch analysiert werden. In Hagen-Mitte sei keine Erhöhung von Vandalismusschäden zu verzeichnen.

Man habe vom Anbieter konkrete Zahlen zur Anzahl der Fälle und der finanziellen Schadenshöhe angefordert und auch erhalten. Da diese dem Betriebsgeheimnis unterliegen, könne er diese jedoch nicht in öffentlicher Sitzung nennen. Die Entscheidung des Betreibers, sich für ein paar Wochen zurückzuziehen, könne die Verwaltung allerdings nachvollziehen. Dieser suche nun nach wirksamen technischen Möglichkeiten, um den Vandalismus weitgehend zu unterbinden. Den politischen Auftrag zur Umsetzung eines E-Roller-Systems für Hagen wolle die Verwaltung weiterverfolgen, gegebenenfalls mit alternativen Lösungen.

Zeus habe alle Vandalismusfälle zur Anzeige gebracht, die Polizei ermittle.

Herr Arlt wünscht sich eine differenzierte Berichterstattung zu diesem Thema, die nicht unberechtigt dramatisiere und den Ruf Hagens schädige.

Der UKM werde auch zukünftig über die Entwicklungen in der Angelegenheit informiert.

Herr Borchert fragt nach, ob es tatsächlich einen konkreten politischen Auftrag für das E-Roller-System gebe.

Herr Arlt erläutert dazu, dass gemeint gewesen sei, dass es ein Konzept für die Mobilitätswende gebe und dass es beispielsweise hinsichtlich der Einführung des Projektes in Haspe politische Beschlüsse gegeben habe. Es gebe aber keinen pauschalen Auftrag dazu, irgendein System einzuführen. Die Verwaltung verstehe den Auftrag so, dass ein E-Tretroller-System vorgehalten werde, das im Einvernehmen mit der Politik eingeführt werde.

